

ABHANDLUNGEN

Deportationen, Umsiedlungen und Verfolgungen von Nationalitäten unter Stalin und Hitler

von Dietmar Neutatz

Die Deportation der Russlanddeutschen im August 1941 steht in einer Reihe von ähnlichen Maßnahmen der stalinistischen Politik gegenüber verschiedenen Gruppen der Bevölkerung des eigenen Landes. Deportationen gehörten schon die ganzen 30er Jahre hindurch zum routinemäßig angewandten Arsenal der sowjetischen Innenpolitik. Die Russlanddeutschen waren nicht die erste Nationalität, die davon betroffen war, und Nationalitäten waren nicht die erste Bevölkerungskategorie, die zum Objekt von Deportationen wurde. Dieser Kontext, in den man die Deportation der Russlanddeutschen einordnen muss, um sie zu verstehen, soll im Folgenden erläutert werden. Dabei ist zu erörtern, inwieweit die Behandlung der Russlanddeutschen allgemeinen Mustern der sowjetischen Innenpolitik folgte und inwieweit sie durch spezifische Konstellationen bedingt war, die mit Deutschland und der nationalsozialistischen Politik zusammenhingen. Außerdem soll ein vergleichender Blick auf den Umgang der Nationalsozialisten mit Nationalitäten in den während des Krieges im Osten eroberten Gebieten geworfen werden, denn auch hier waren Deportationen und Verfolgungen anzutreffen. Angesichts der Ähnlichkeit der Methoden stellt sich die Frage nach den jeweiligen Motiven und Zielen.

Stalinistische Nationalitätenpolitik in ihrem Kontext

In den 20er Jahren hatten die Bolschewiki eine Nationalitätenpolitik betrieben, die in der älteren Literatur vielfach als „liberal“ missverstanden worden war: Die nichtrussischen Nationalitäten erhielten territoriale Verwaltungseinheiten: Für die großen Nationalitäten richtete man eigene Sowjetrepubliken ein, für die kleineren, wie die Russlanddeutschen, sogenannte „autonome“ Republiken, nationale Gebiete, Rayons oder Dorfsowjets. In diesen territorialen Einheiten förderte das Regime Bildung und Kultur in der jeweiligen Sprache und bemühte sich, Führungspositionen mit Vertretern der jeweiligen Nationalität zu besetzen. Mit Liberalismus hatte das freilich nichts zu tun. Der (formal) föderative Staatsaufbau korrespondierte mit einer Nationalitätenpolitik, die darauf abzielte, das Staatsgebiet nach ethnisch-territorialen Gesichtspunkten neu zu ordnen. Konfrontiert mit einer komplizierten Vielfalt von Sprachen, Religionen, Traditionen, Wirtschafts- und Lebensweisen, strebten die Bolschewiki nach der Herstellung von homogenen Ordnungen, die sie als Erfordernis der Moderne und als Kennzeichen eines modernen Staates begriffen. Da es unmöglich war, kurzfristig die totale Homogenität herzustellen, wollten sie das unübersichtliche Geflecht wenigstens kategorisieren und vereinfachen. Das Ordnungsprinzip des neuen Staates war das der sprachnational definierten Territorien. Es ließ sich mit der vielerorts anzutreffen-

den ethnischen Gemengelage nur schwer in Einklang bringen und erforderte dort, wo sich Identitäten entlang anderer als sprachlich-ethnischer Linien herausgebildet hatten, erst die Neukonstituierung von Nationen.¹

Mit der Zuweisung von Territorien war eine Politik verbunden, die auf Ethnisierung und Nationsbildung hinauslief. Diese Nationsbildung zielte natürlich nicht darauf ab, die Sowjetunion von innen heraus in Nationalstaaten aufzulösen, sondern sie war als Übergangsstadium auf dem Weg der gesamtsovjetschen Nationsbildung gedacht. Ideologisches Fernziel blieb die „Verschmelzung“ der Nationen. Die Sowjetgesellschaft sollte aber zunächst eine Periode der „Befreiung“ und „Entwicklung“ der nichtrussischen Völker absolvieren.² Diese Politik wird als Indigenisierung (russ. *korenizacija*, wörtlich übersetzt „Einwurzelung“) bezeichnet.³ Die Bezeichnung verweist auf das neben dem Ordnung-Schaffen zweite zentrale Anliegen: die Einwurzelung des Sowjetsystems bei den nichtrussischen Nationalitäten. Die Indigenisierung war eine Herrschaftsstrategie, ausgehend von der Erkenntnis der Bolschewiki, dass sie trotz des Sieges im Bürgerkrieg in vielen Regionen keineswegs fest im Sattel saßen und die Strukturen ihrer Herrschaft vielerorts überhaupt erst richtig etablieren mussten.⁴

Beschlossen wurde diese Linie zusammen mit der Neuen Ökonomischen Politik auf dem 10. Parteitag im März 1921. In der Begründung hieß es, man könne den Nationalitäten die Sowjetmacht nur über Funktionäre aus ihren eigenen Reihen nahebringen, denn nur sie würden die Sprache, Lebensweise, Sitten und Gebräuche der Einheimischen gut genug kennen.⁵ Hinzu kam das Motiv der zivilisatorischen Mission: In der Resolution des Parteitags hieß es, die Aufgabe der Partei bestehe darin, „den werktätigen Massen der nichtrussischen Völker zu helfen, das weiter entwickelte Zentralrusland einzuholen, und ihnen zu helfen [...] ein Pressewesen, Schulen, Theater, Klubs und überhaupt Kultur- und Bildungseinrichtungen in der Muttersprache zu entwickeln; ein Netz von Kursen und Schulen sowohl allgemeinbildender als auch beruflich-technischer Art in der Muttersprache einzurichten und weiterzuentwickeln [...]“⁶

1 Vgl. Yuri Slezkine: *The Soviet Union as a Communal Apartment, or How a Socialist State Promoted Ethnic Particularism*, in: Sheila Fitzpatrick (Hrsg.): *Stalinism. New Directions*, London u.a. 2000, S. 313-347; Jörg Baberowski: *Stalinismus und Nation: Die Sowjetunion als Vielvölkerreich 1917–1953*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 54 (2006), H. 3, S. 199 f.; ders., Anselm Doering-Manteuffel: *Ordnung durch Terror. Gewaltexzesse und Vernichtung im nationalsozialistischen und stalinistischen Imperium*, Berlin 2006, S. 38-40.

2 Gerhard Simon: *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinistischen Gesellschaft*, Baden-Baden 1986, S. 38 f.

3 Zur *korenizacija* vgl. Terry Martin: *The Affirmative Action Empire: Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939*, Ithaca 2001; ders.: *The Affirmative Action Empire: The Soviet Union as the Highest Form of Imperialism*, in: Ronald Grigor Suny, Terry Martin (Hrsg.): *A State of Nations. Empire and Nation-Making in the Age of Lenin and Stalin*, Oxford 2001, S. 67-90; Helene Carrère d’Encausse: *The Great Challenge. Nationalities and the Bolshevik State, 1917–1930*, New York u.a. 1992; George O. Liber: *Korenizatsiia: Restructuring Soviet Nationality Policy in the 1920’s*, in: *Ethnic and Racial Studies* 14 (1991), S. 15-23.

4 Simon, *Nationalismus* (wie Anm. 2), S. 38.

5 Ebenda, S. 39.

6 *KPSS v rezoljucijach i rešenijach s-ezdov, konferencij i plenumov CK* [Die KPdSU in Resolutionen und Entschlüssen der Kongresse, Konferenzen und Plena des ZK], Bd. 2, Moskva 1970, S. 252.

Die Bolschewiki brachen explizit mit der Praxis des späten Zarenreiches, die russische Nationalität zu bevorzugen und Verwaltungsposten in den Randgebieten an Russen zu übertragen. Sie kehrten vielmehr zur frühneuzeitlichen und bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts praktizierten Methode zurück, loyale Angehörige der nichtrussischen Eliten zu kooptieren und sich auf sie zu stützen.⁷ Großrussischer Chauvinismus war nun ausdrücklich verpönt. Angehörige der russischen Nationalität sollten sich vielmehr zurücknehmen, damit die Sowjetmacht das Vertrauen der unter dem Zarismus unterdrückten Nationalitäten gewinnen könne.⁸

Die Indigenisierungspolitik war im Selbstverständnis der Bolschewiki eine Art Entwicklungshilfe für nichtrussische Bevölkerungsteile, die sie als „rückständig“ wahrnahmen und denen sie nun die europäische Moderne in sowjetischer Gestalt vermitteln wollten. Das betraf vor allem die asiatischen Landesteile. Dazu gehörten die Bekämpfung des Analphabetismus durch die Einrichtung von muttersprachlichen Schulen, der Aufbau eines Publikationswesens und kultureller Einrichtungen sowie die Schaffung von 48 neuen Schriftsprachen für Ethnien, die ihre Identität bis dahin zum Teil nicht einmal ethnisch-sprachlich definiert hatten. Aus der Überzeugung der Bolschewiki, dass jeder Mensch einer Nationalität angehöre, musste sich jeder Sowjetbürger in ethnischer Hinsicht deklarieren oder wurde aufgrund von Kriterien einer Nationalität zugeordnet. Dieses Prinzip äußerte sich in nationalen Quoten bei der Vergabe von Arbeits- und Studienplätzen oder bei der Besetzung von Posten in den Regionen. Dieses System der „affirmative action“ suggerierte den Menschen, dass nationale Zugehörigkeit etwas Bedeutsames sei, und förderte die Herausbildung nationaler Identitäten, wo sie bis dahin gar nicht oder nur schwach vorhanden waren, weil die Menschen ihr Wir-Gefühl nach anderen Kategorien entwickelt hatten.⁹

Die zivilisatorische Mission äußerte sich unter anderem darin, dass man für 70 Sprachen die lateinische Schrift einführte. Das zielte in drei Richtungen: Erstens schnitt man damit Muslime und Buddhisten von den schriftlichen Zeugnissen ihrer Kultur und Religion ab und setzte sie in modernisierender Absicht dem Einfluss europäischer Kultur aus. Zweitens verbreiterte man damit die Basis der Alphabetisierung, denn der Kreis derjenigen, die bis dahin die arabische oder eine andere Schrift beherrschten, war sehr begrenzt gewesen.¹⁰ Drittens sollte die Lateinschrift im Sinne der zu Beginn der 20er Jahre immer noch lebendigen weltrevolutionären Erwartungen die Ausstrahlung des Kommunismus über die Grenzen der Sowjetunion hinaus erleichtern.¹¹ (Wenige Jahre später, als man diese Hoffnungen begraben hatte, stellte man die meisten Sprachen auf die kyrillische Schrift um – und erzeugte damit neue Analphabeten.)

Die Politik der Indigenisierung wurde bisweilen in der Literatur als Sympathie für nationale Bewegungen, als eine Förderung von nationaler Autonomie und Selbstbestimmung

7 Andreas Kappeler: *Russland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall*, München 1992, S. 303.

8 Jörg Baberowski: *Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus*, Stuttgart 2003, S. 206.

9 Vgl. Martin, *The Affirmative Action Empire. The Soviet Union* (wie Anm. 3), S. 67-90.

10 Vgl. Tamara Ju. Krasovickaja: *Modernizacija rossijskogo obrazovatel'nogo prostranstva. Ot Stolypina k Stalinu: (konec XIX veka – 1920-e gody)* [Modernisierung der russischen Bildungssphäre. Von Stolypin bis Stalin (Vom Ende des 19. Jahrhundert bis zu den 1920er Jahren)], Moskva 2011, S. 583.

11 Kappeler, *Russland* (wie Anm. 7), S. 304.

bewertet. Das ist ein Missverständnis. In den sogenannten „autonomen“ Republiken konnte von politischer Autonomie keine Rede sein.¹² Die Politik wurde in Moskau gemacht, die lokalen Kader hatten die Direktiven aus Moskau auszuführen und wurden ausgetauscht, wenn sie das nicht in befriedigender Weise taten. Der Status einer „autonomen“ Republik änderte nichts daran, dass man in einer zentralistischen Diktatur lebte. Territorialautonomie war in Wirklichkeit eine Scheinautonomie,¹³ ein Instrument der Herrschaftsausübung und der Sowjetisierung durch ideologisch-kulturelle Beeinflussung und Einbindung der nicht-russischen Eliten in das Sowjet- und Parteisystem. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum die lokale Bevölkerung mitunter der Einrichtung eines nationalen Rayons ablehnend gegenüberstand und sich für die zu besetzenden Posten nur wenige Aktivisten fanden. Der nationale Rayon oder Dorfsowjet bedeutete eine Präsenz der Sowjetmacht, die viele lieber vermieden hätten.¹⁴

Die „Autonomie“ bezog sich lediglich auf den Gebrauch der Muttersprache. In kultureller Hinsicht war die sowjetische Nationalitätenpolitik auch in der Phase der Indigenisierung intolerant und beinhaltete den Kampf gegen als rückständig diffamierte Traditionen und Kulturformen der Nationalitäten.¹⁵ Die Devise „national in der Form, sozialistisch im Inhalt“ war im Grunde ein Konzept zur kulturellen Entnationalisierung und Assimilierung an die sowjetische Einheitskultur. Deutlich zeigt sich das in der Religionspolitik, vor allem in der Politik gegenüber den muslimischen Völkern. Bei diesen – aber auch bei anderen Nationalitäten – definierte sich die kulturelle Identität zu einem Gutteil über die Religion. Die Sowjetmacht führte schon früh einen Kampf gegen die Religion und die von religiösen Gemeinschaften unterhaltenen Bildungseinrichtungen¹⁶ – und damit im Grunde gegen die Kultur vieler Nationalitäten. Man war zwar bis zum Ende der 20er Jahre eher vorsichtig und zurückhaltend mit starken repressiven Mitteln, um die Bevölkerung nicht gegen das Regime aufzubringen, aber an der grundsätzlichen Feindschaft gegenüber den religiösen Gemeinschaften und Institutionen und ihrem kulturellen Einfluss bestand von Anfang an kein Zweifel.

Zu Beginn der 30er Jahre wurde klar, dass die Indigenisierungspolitik nicht die erwarteten Erfolge gezeitigt hatte, sondern in mancher Hinsicht sogar kontraproduktiv gewesen war: Die nationalen Eliten beteiligten sich nicht im erhofften Ausmaß am Aufbau der sowjetischen Strukturen, religiöse Bindungen waren weiterhin wirksam, und die Etablierung der Sowjetmacht hatte in den Peripherien vielerorts nur den Charakter einer Fassade, hinter der traditionelle Strukturen fortbestanden. Eine 1930 durchgeführte Revision des unter den Streuminderheiten in der RSFSR geleisteten Sowjetaufbaus zeichnete selbst für die relativ zentrumsnahen Räume ein katastrophales Bild: In den Dörfern hatten wie vor der Revolu-

12 Vgl. Detlef Brandes, Andrej Savin: Die Sibiriendeutschen im Sowjetstaat 1919–1939, Essen 2001, S. 193.

13 Detlef Brandes: Die Wolgarepublik: Eigenstaatlichkeit oder nationales Gouvernement?, in: Hans Rothe (Hrsg.): Deutsche in Rußland, Köln u.a. 1996, S. 103-130; Andrej Savin: Verordnete Autonomie. Die Entstehung des Deutschen Rayons in Sibirien 1924–1928, in: Forschungen zur Geschichte und Kultur der Rußlanddeutschen 4 (1994), S. 89-97.

14 Vgl. Brandes, Savin, Sibiriendeutsche (wie Anm. 12), S. 195 f.

15 Vgl. Krasovickaja, Modernizacija (wie Anm. 10), S. 579.

16 Vgl. z.B. die Maßnahmen zur Sowjetisierung der mennonitischen Schulen, beschrieben in: Brandes, Savin, Sibiriendeutsche (wie Anm. 12), S. 184-188.

tion die lokalen Oberschichten (im bolschewistischen Sprachgebrauch: die „Kulaken“) und die Geistlichen das Sagen, während die Präsenz der Sowjetmacht ausgesprochen dürftig war und die Behörden einen hilflosen Eindruck machten. Sie beschrieben in ihren Berichten eine Misere, ohne ihr Herr werden zu können, ja ohne überhaupt ein Konzept zu haben.¹⁷ Die Heranziehung örtlicher Kader war vielerorts ein Misserfolg. Die wenigen Parteimitglieder in den Dörfern waren häufig Zugezogene oder aus der Zentrale Abgeordnete. Partei und Komsomol hatten größte Schwierigkeiten, unter den Minderheiten Fuß zu fassen. Funktionsposten konnten häufig nicht mit Ortsansässigen besetzt werden, weil sich niemand dazu bereit fand.¹⁸

In Transkaukasien oder in Zentralasien wiederum waren die Machtverhältnisse weiterhin von Auseinandersetzungen rivalisierender Clans gekennzeichnet, die zwar nun unter dem Deckmantel der Partei und der Sowjetorgane agierten, im Grunde aber ihre eigenen Interessen verfolgten. Äußerlich war hier die Sowjetmacht am Werk, doch bei näherem Hinsehen hatte das, was als sowjetische Politik ausgegeben wurde, wenig mit deren eigentlichen Inhalten zu tun.¹⁹

Außerdem hatte der Indigenisierungspolitik von Anfang an ein Widerspruch innegeohnt: Die Aufwertung der nationalen Eigenarten der nichtrussischen Völker war vor allem bei den islamischen Völkern mit der Bewahrung von „Rückständigkeiten“ verbunden, die sich mit dem Anspruch auf zivilisatorische Mission im Sinne der sozialistischen Moderne nicht vertrugen. Der Sozialismus als die Lebensform der Zivilisierten ließ sich nicht wirklich einführen, wenn man ständig Rücksichten auf lokale Eigenarten nehmen sollte.²⁰

Das Ende der 20er Jahre gewonnene Bild ordnete sich in eine umfassende Krisenwahrnehmung ein, die nicht nur die Nationalitäten an der Peripherie, sondern auch das russische Kernland betraf: Die Sowjetunion war immer noch ein überwiegend bäuerliches Land, und die Bauern hatten sich *de facto* weitgehend dem Zugriff der Herrschaft entzogen. Die Versuche der Bolschewiki, das Land unter Kontrolle zu bringen, waren außerhalb der industriellen Zentren nur wenig erfolgreich gewesen. Das Politbüro gewann somit den Eindruck, dass seine Herrschaft prekär war, und zog daraus die Konsequenz, radikale Maßnahmen zu ergreifen. So ist das brutale Dreinschlagen zu erklären, das ab 1928/29 die Innenpolitik kennzeichnete. Die Bolschewiki traten die Flucht nach vorne an, stellten 1928 die Weichen für die forcierte Industrialisierung und trieben ab 1929 die Bauern in die Kolchosen. Mit der Zerstörung des Einzelbauerntums und der Dorfgemeinde durch die Zwangskollektivierung wollten sie endlich die Kontrolle über das Dorf gewinnen und die gewachsenen sozialen Verhältnisse aufbrechen, die der Implementierung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung im Wege standen.

Diese brutale Umgestaltung des Landes, die Stalin seit Ende der 20er Jahre vorantrieb, beruhte auf der flächendeckenden Anwendung von Gewalt. Die Bevölkerung wehrte sich vielerorts gegen die massiven Eingriffe in ihre traditionelle Lebensweise, und dieser Widerstand wurde mit noch stärkerer Gewalt gebrochen. Mehr als zwei Millionen Bauern wurden

17 Victor Dönninghaus: Minderheiten in Bedrängnis. Sowjetische Politik gegenüber Deutschen, Polen und anderen Diaspora-Nationalitäten 1917–1938, München 2009, S. 148–150.

18 Ebenda, S. 342–345.

19 Baberowski, Feind (wie Anm. 8), S. 777–779.

20 Ebenda, S. 316.

als „Kulaken“ in entlegene Gebiete deportiert und dort in Sondersiedlungen untergebracht. Stalin führte zu Beginn der 30er Jahre einen regelrechten Krieg gegen das eigene Land. Dieser Krieg richtete sich vor allem gegen die Bauern, aber auch gegen Nationalitäten, denn die Bolschewiki nahmen den Widerstand an den Peripherien als einen Widerstand von Nationalitäten wahr. Als sie nämlich damit begannen, durch Kollektivierung und kulturevolutionäre Aktionen wie Kampagnen zur Entschleierung muslimischer Frauen massiver in die sozioökonomischen und kulturellen Verhältnisse einzugreifen, stießen sie in den Peripherien auf besonders starke Gegenwehr. Der Kulturkampf gegen die muslimischen Traditionen, die Vernichtung der nomadischen Lebensweise etwa der Kasachen trafen auf hartnäckigen Widerstand der betroffenen Bevölkerung. In Zentralasien, im Nordkaukasus, in Transkaukasien geriet die Lage außer Kontrolle, und die Bolschewiki – ganz gefangen in ihrer eigenen Kategorisierung – nahmen den Widerstand als einen Widerstand von Nationalitäten wahr – und zwar ausgerechnet von jenen Nationalitäten, die man als „rückständig“ privilegiert hatte.²¹

Die Konsequenz aus dieser Erfahrung war ein tiefes Misstrauen gegenüber vielen nicht-russischen Nationalitäten. Rückständigkeit wurde jetzt zu einem Synonym für Unberechenbarkeit und potentielle Gefährlichkeit. Die Indigenisierungspolitik wurde zwar offiziell nicht widerrufen, aber die Praxis der Nationalitätenpolitik veränderte sich in den 30er Jahren. Im Sommer 1934 begann die Propaganda damit, den sog. Sowjetpatriotismus zu verkünden. Er sollte als eine Art Reichsidee den Nationalismus aller Völker der UdSSR überwölben. Anfangs war der Sowjetpatriotismus auf das „internationalistische Vaterland“ und die Liebe zur gesamtsowjetischen Heimat zugeschnitten. Ab 1937 kam eine gewisse russisch-nationale Komponente hinzu. Das russische Volk war nun in der Propaganda das „große russische Volk“, das „erste unter gleichen“, dem die anderen Freundschaft, Liebe und Dankbarkeit entgegenbrachten, weil es den „zurückgebliebenen Nationen“ beim Aufbau des Sozialismus half.²²

Die neue Doktrin verlieh der russischen Sprache eine neue Bedeutung. Im März 1938 wurde Russisch als obligatorisches Unterrichtsfach in allen nichtrussischen Schulen der Unions- und Autonomen Republiken eingeführt. Im Prinzip war Russisch schon vorher Pflichtfach in allen nichtrussischen Schulen der RSFSR und der Ukraine gewesen. Allerdings waren diese Gesetze nicht durchgeführt worden. Es fehlten sowohl die schulischen Voraussetzungen, insbesondere die Lehrer, als auch der politische Wille, überall Russischunterricht zu erteilen.²³

Die Einführung des Russischen als Pflichtfach wurde durch weitere Maßnahmen flankiert: Die Bemühungen, in den berufsbildenden Schulen und Hochschulen nichtrussische Unterrichtssprachen durchzusetzen, wurden abgebrochen und die Schulen der Diasporaminderheiten, also derjenigen Nationalitäten, die außerhalb eines geschlossenen nationalen Territoriums lebten, verschwanden ab 1938 bis auf wenige Reste. Das betraf ukrainische Schulen im Nordkaukasus und in Sibirien, jiddische Schulen in der Ukraine und in Weißrussland oder deutsche Schulen in der Ukraine. Die Indigenisierungspolitik wurde – ohne sie beim Namen zu nennen – als falsch und als Werk von Volksfeinden diffamiert.²⁴ Unter

21 Vgl. Baberowski, Doering-Manteuffel, Ordnung (wie Anm. 1), S. 49 f.

22 Simon, Nationalismus (wie Anm. 2), S. 171-173.

23 Ebenda, S. 174.

24 Vgl. ebenda, S. 176. Zu den nationalen Rayons in der Ukraine siehe Meir Buchsweiler: Deutsche

den nichtrussischen Eliten führte man Säuberungen durch, weil man sie nationalkommunistischer Tendenzen verdächtigte. In freiwerdende Spitzenämter wurden vorwiegend loyale Russen eingesetzt, der Anteil der Einheimischen in den Partei- und Sowjetorganisationen der Republiken ging zurück. Nationale Rayons und Dorfsowjets wurden wieder aufgelöst.²⁵ In diesen Kontext gehört auch die Umstellung einiger Schriften vom lateinischen auf das kyrillische Alphabet. In den 20er Jahren hätte das als „Rückfall in die alte Russifizierungspolitik des Zarismus“ und „Großmachtchauvinismus“ gegolten, jetzt lag es im Interesse der ökonomischen und politischen Zweckmäßigkeit, weil es das Erlernen und die Beherrschung der russischen Sprache erleichterte und beschleunigte.²⁶

Sonderbehandlung von Minderheiten und der deutsche Faktor

So wie die gesamte Innenpolitik wurde auch die Nationalitätenpolitik in den 30er Jahren repressiv und gewalttätig. Einzelne Nationalitäten wurden Opfer von Massendeportationen und eines zielgerichteten Zugriffs der Geheimpolizei, des NKVD. Diese Zuspitzung ist erklärungsbedürftig, denn Terror gegen bestimmte Nationalitäten lässt sich aus der Sowjetideologie nicht ableiten und widerspricht auf den ersten Blick diametral den Prinzipien der sowjetischen Nationalitätenpolitik, die ja gerade mit dem Anspruch angetreten war, alles Nationalistische, Chauvinistische und Unterdrückerische zu vermeiden.

Wie Terry Martin gezeigt hat, hängt diese Eskalation gegenüber bestimmten Nationalitäten mit einem Wandel im Verständnis von „Nation“ zusammen. In seinen frühen theoretischen Schriften hatte Stalin die Nation als etwas historisch Konstituiertes definiert, das nicht auf rassischen oder ethnischen Kriterien beruhe. In seiner vielzitierten Definition der „Nation“ aus dem Jahre 1913 hatte er die gemeinsame Abstammung nicht als Kriterium genannt. In der zweiten Hälfte der 30er Jahre änderte sich das, wie man aus der Glorifizierung des russischen Volkes als Heldenvolk ersehen kann. Die Nation wurde nun in der Vorstellung der Bolschewiki zu einer Abstammungsgemeinschaft mit ganz bestimmten dauerhaften Charaktereigenschaften. Damit landeten die Bolschewiki bei einem Nationskonzept, wie es für eine nationalistische oder rassistische Betrachtungsweise typisch ist: Die Nation wird – im Gegensatz zu moderneren Deutungen, die auf die Konstruiertheit und Veränderbarkeit von Nationen hinweisen – als etwas Naturgegebenes, Ursprüngliches, Primordiales gesehen, als eine Kategorie, die seit jeher und über große Geschichtsepochen hinweg die Menschen in stabile Gruppen einteilt.²⁷

Der Wandel im Nationsverständnis kann als eine Nebenwirkung der Indigenisierungspolitik betrachtet werden. Die Politik der Indigenisierung, die eigentlich unter anderem darauf

Landkreise (Rayons) und deutsche Kreiszeitungen in der UdSSR, in: Osteuropa 32 (1982), S. 671-682; ders.: Die Sowjetdeutschen – außerhalb der Wolgarepublik – im Vergleich mit anderen Minderheiten 1917 bis 1941/42, in: Andreas Kappeler, Boris Meissner u.a. (Hrsg.): Die Deutschen im Russischen Reich und im Sowjetstaat, Köln 1987, S. 69-96.

25 Kappeler, Russland (wie Anm. 7), S. 307.

26 M.I. Isaev: O jazykach narodov SSSR [Über die Sprachen der Völker der UdSSR], Moskva 1978, S. 15; zitiert nach Simon, Nationalismus (wie Anm. 2), S. 178.

27 Terry Martin: Modernization or Neo-Traditionalism? Ascribed Nationality and Soviet Primordialism, in: Fitzpatrick (Hrsg.), Stalinism (wie Anm. 1), S. 348 f.

zielte, den Nationalisten den Boden zu entziehen und die Entstehung eines defensiven, gegen Russifizierungsversuche gerichteten Nationalismus zu verhindern, hatte eine allgegenwärtige Präsenz des Nationalen als Kategorie zur Folge. Langfristig sollte die Nationalitätenpolitik den Weg zu einer späteren Überwindung der individuellen nationalen Identität ebnen. In der Praxis bewirkte sie jedoch das Gegenteil: Sie erforderte für ihre Implementierung eine ständige Routine der Zuordnung der Staatsbürger zu ethnischen Kategorien. Jeder Personalfragebogen hatte eine Rubrik „Nationalität“. Jeder war ständig veranlasst, sich selbst einer Nationalität zuzuordnen. Auf diese Weise entstand in der sowjetischen Gesellschaft die Vorstellung, dass die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nationalität eine grundlegende und wichtige Eigenschaft eines jeden Menschen sei.²⁸

Hinzu kam die Alltagserfahrung, dass es keineswegs gleichgültig war, welcher Nationalität man angehörte. Man wurde unterschiedlich behandelt, auch wenn formell alle Nationalitäten gleichberechtigt waren, denn es gab schon in den 20er Jahren so etwas wie eine Rangordnung der Nationalitäten, die allerdings zunächst zugunsten der Nichtrussen konstruiert war: Gefördert werden sollten die sog. „rückständigen“ Nationalitäten sowie die Titularnationen der Republiken, während die Russen und andere fortgeschrittene Nationen als potentielle Unterdrücker und Kolonialherren galten.²⁹

Aus der Vorstellung heraus, dass Nationen über ganz bestimmte Eigenschaften verfügen, konnte dieses System der Kategorisierung allerdings schnell kippen, wenn bestimmten Nationalitäten negative oder gefährliche Eigenschaften zugeschrieben oder die Nationalitäten aufgrund äußerer Umstände als Bedrohungspotential wahrgenommen wurden. Die Furcht vor Illoyalität und vor „Vergiftung“ von außen mündete in die Stigmatisierung von Diasporanationalitäten, die ein „Mutterland“ außerhalb der Sowjetunion hatten, mit dem in naher Zukunft Krieg zu befürchten war.³⁰ Für das Akutwerden solcher Ängste spielte Mitte der 30er Jahre die veränderte außenpolitische Lage eine entscheidende Rolle: Die Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland 1933, der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und Polen 1934, das Vordringen der Japaner in China und der Antikominternpakt 1936 erzeugten in der stalinistischen Führung die Vorstellung eines bevorstehenden Krieges. Das ließ die Angehörigen von Minderheiten, die in Grenzgebieten siedelten und ein „Mutterland“ jenseits der Grenzen hatten, in neuem Licht erscheinen, denn sie wurden nun als Teil dieser Bedrohung empfunden und pauschal als „Feinde“ stigmatisiert. In der Logik des primordialen Nationsverständnisses unterstellte man diesen Nationalitäten eine unvermeidliche starke emotionale Verbundenheit mit ihren Volksgenossen und Loyalität zum „Mutterland“ jenseits der Grenzen und ging davon aus, dass sie im Kriegsfall die Partei des Kriegsgegners ergreifen würden.

In logischer Konsequenz deportierte man Angehörige von Diasporanationalitäten, die in den Grenzgebieten lebten, ins Landesinnere, wo sie keinen Schaden anrichten konnten. Bereits bei den Kulakendeportationen von 1929/30 hatte im westlichen Grenzgebiet ein gegen die Polen gerichtetes ethnisch-sicherheitspolitisches Motiv eine Rolle gespielt.³¹ Massiv setzten die ethnischen Deportationen dann ab 1935 ein. Die Deportationen erfassten bis

28 Ebenda, S. 355.

29 Baberowski, Feind (wie Anm. 8), S. 320.

30 Vgl. Terry Martin: Terror gegen Nationen in der Sowjetunion, in: Osteuropa 50 (2000), S. 611.

31 Dönninghaus, Minderheiten (wie Anm. 17), S. 477.

1937 schätzungsweise 260 000 Personen. Davon waren etwa zwei Drittel Koreaner, die man aus den fernöstlichen Grenz- und Küstengebieten nach Mittelasien deportierte; das restliche Drittel entfiel auf Polen, Finnen, Deutsche, Chinesen, Kurden, Iraner und Armenier.³²

Die Russlanddeutschen waren von diesen ersten Deportationen entgegen einer verbreiteten Vorstellung noch nicht vorrangig betroffen – vermutlich, weil sie nicht in dem Maße wie andere dieser Nationalitäten unmittelbar in Grenznähe siedelten und Deutschland 1935 noch nicht so gefährlich schien wie das Piłsudski-Polen oder Japan. 1937/38 bildeten die Deutschen aber einen Schwerpunkt der sog. „nationalen Operationen“ des NKVD. Diese nationalen Operationen gehören in den Kontext des Massenterrors, in dessen Verlauf 1937/38 ca. 700 000 Sowjetbürger erschossen und mehrere Millionen verhaftet wurden. In diesen „nationalen Operationen“ kam zusätzlich zu der Vorstellung von der Verbundenheit bestimmter Nationalitäten mit einem potentiellen Feindstaat die Zuschreibung von angeblichen nationalen Eigenschaften zum Tragen. Besonders deutlich wird die nationale Stigmatisierung am Beispiel der Tschetschenen und Inguschen oder auch der Roma, die bei der „Säuberung“ der Städte von Kriminellen, „Parasiten“, Prostituierten und anderen „sozial fremden Elementen“ bevorzugte Ziele des Zugriffs waren. Stalinistische Massendeportationen und Verhaftungen waren in dieser Hinsicht kategorisierend und prophylaktisch. Es kam weniger darauf an, was jemand getan hatte, sondern ob er zu einer stigmatisierten Gruppe gehörte. Die Deportation war ein vorbeugender Akt gegen jemanden, der voraussichtlich eine Straftat begehen würde. Als Roma oder Tschetschene war man eben aufgrund der Charaktereigenschaften seiner Nationalität ein potentieller Straftäter, die ethnische Gruppe insgesamt galt als Hort des Verbrechens und der sozialen Unruhe. Bei einem Anteil von 1,6% an der Gesamtbevölkerung stellten die Diaspora-Minderheiten mit 800 000 Personen etwa ein Drittel aller Sowjetbürger, die 1937/38 im Rahmen des Massenterrors deportiert, verhaftet oder erschossen wurden.³³

Was die Russlanddeutschen betrifft, so spielte mit eine Rolle, dass sie schon seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert verdächtigt worden waren, illoyale Bürger Russlands zu sein und insgeheim eine Vorhut Deutschlands für die Eroberung von Siedlungsland im Osten zu bilden. Diese Verdächtigungen entbehrten zwar einer realen Grundlage, aber sie waren schon vor dem Ersten Weltkrieg in der russischen Öffentlichkeit präsent gewesen und hatten im Ersten Weltkrieg in diskriminierende Maßnahmen gegen die Deutschen gemündet. Schon im Ersten Weltkrieg hatten die russischen Behörden Angehörige der deutschen Nationalität aus den frontnahen Gebieten evakuiert, weil sie als Sicherheitsrisiko eingestuft wurden.³⁴

32 Die Deportationen sind detailliert dokumentiert bei N.L. Pabol', P.M. Poljan (Hrsg.): *Stalinskie deportacii 1928–1953* [Die Stalinschen Deportationen 1928–1953], Moskva 2005, S. 12, 45-97. Zu den Repressionen gegen Deutsche in den Jahren 1933–1936 siehe V. Chaustov: *Repressii protiv sovetskich nemcev do načala massovoj operacii 1937 g.* [Repressionen gegen die Sowjetdeutschen bis zum Beginn der Massenoperationen im Jahr 1937], in: I.L. Ščerbakova (Hrsg.): *Nakazannyj narod. Repressii protiv rossijskich nemcev* [Bestraftes Volk. Repressionen gegen die Russlanddeutschen], Moskva 1999, S. 75-83.

33 Martin, Terror (wie Anm. 30), S. 612-614. Zur „deutschen Operation“ des NKVD siehe N. Ochotin, A. Roginskij: *Iz istorii „nemeckoj operacii“ NKVD 1937–1938 gg.* [Zur Geschichte der „deutschen Operation“ des NKVD 1937–1938], in: Ščerbakova (Hrsg.): *Nakazannyj narod* (wie Anm. 32), S. 35-74.

34 Zum Komplex der Wahrnehmung der Russlanddeutschen siehe ausführlich Dietmar Neutatz: *Die*

Die Bolschewiki griffen solche Vorstellungen Mitte der 30er Jahre wieder auf. Das hatte mit den erwähnten außenpolitischen Veränderungen zu tun, aber auch damit, dass mehr als 10 000 Russlanddeutsche 1930 versucht hatten, dem Kollektivierungsterror durch Auswanderung nach Deutschland zu entkommen, und dass während der Hungersnot von 1933/34 aus Deutschland im Rahmen der Aktion „Brüder in Not“ Hilfspakete in die deutschen Siedlungsgebiete geschickt wurden. In den Augen der sowjetischen Behörden waren das Indizien dafür, dass sich die Deutschen in Krisenzeiten an ihrem Mutterland orientierten.³⁵

Verstärkt wurde diese Wahrnehmung durch die nationalsozialistische Propaganda und Politik gegenüber den deutschen Minderheiten im östlichen Europa. Schon die Weimarer Republik hatte die Minderheiten jenseits der Grenzen unterstützt, vor allem im Hinblick auf die angestrebte Grenzrevision gegenüber Polen. Die nationalsozialistische Volkstumspolitik ging darüber hinaus und zielte auf eine Gleichschaltung und politische Organisation der deutschen Minderheiten, um sie für die deutsche Expansionspolitik einsetzbar zu machen. Die Deutschen in der Sowjetunion waren davon zwar nicht betroffen, denn hier hatten die reichsdeutschen Stellen gar keine Möglichkeiten zur Einflussnahme. Der sowjetischen Führung konnte aber nicht verborgen bleiben, was in anderen Ländern geschah: Dass nämlich die deutschen Minderheiten in Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn und Jugoslawien seit Mitte der 30er Jahre von Deutschland aus als Volksgruppen organisiert wurden und dabei immer stärker in nationalsozialistisches Fahrwasser gerieten. Solche Beobachtungen mussten Stalin und das Politbüro in ihrer Einschätzung der deutschen Minderheit bestärken.

Das eklatanteste Beispiel für die irredentistische Orientierung am „Mutterland“ war die Sudetendeutsche Partei unter Konrad Henlein, mit deren aktiver Beteiligung Hitler 1938/39 den tschechoslowakischen Staat zerschlug. Henlein versicherte im November 1937 Hitler seiner Unterstützung bei dem Ziel, nicht nur die Sudetengebiete, sondern den „ganzen böhmisch-mährisch-schlesischen Raum“ an das Reich anzuschließen, und stellte sich unter dem Deckmantel des Selbstbestimmungsrechts der Sudetendeutschen in den Dienst der deutschen Expansion. Unter Ausnutzung der gegen den tschechoslowakischen Staat gerichteten Aktivitäten der Sudetendeutschen Partei, die im Spätsommer 1938 gezielt eine Kompromisslösung verhinderte, erzwang Hitler im September 1938 die Abtretung der mehrheitlich von Deutschen bewohnten Randgebiete. Wenige Monate später, im März 1939, marschierte er in Prag ein und errichtete das „Protektorat Böhmen und Mähren“.³⁶

Auch die deutsche Minderheit in Polen instrumentalisierte Hitler erfolgreich für seine Expansionspolitik. Schon die Weimarer Republik hatte die Deutschen in Polen offen und verdeckt unterstützt, um die Existenz eines starken deutschen Bevölkerungsanteils in den 1918 vom Deutschen Reich abgetrennten Gebieten für die angestrebte Grenzrevision ins Feld führen zu können. Hitler führte den Krieg gegen Polen nicht wegen der deutschen Minderheit, aber er benutzte sie zur Eskalation der Krise, und während des Angriffs der

„deutsche Frage“ im Schwarzmeergebiet und in Wolhynien. Politik, Wirtschaft, Mentalitäten und Alltag im Spannungsfeld von Nationalismus und Modernisierung (1856–1914), Stuttgart 1993. Zu den Evakuierungen während des Ersten Weltkriegs: Waldemar Giesbrecht: Die Verbannung der Wolhyniendeutschen im 1. Weltkrieg, in: Wolhynische Hefte 3 (1984), S. 43-97.

35 Vgl. Dönninghaus, Minderheiten (wie Anm. 17), S. 487.

36 Zu den Aktivitäten der Sudetendeutschen Partei 1938 siehe im Detail Detlef Brandes: Die Sudetendeutschen im Krisenjahr 1938, München 2008.

Deutschen Wehrmacht im September 1939 erwiesen sich Teile der deutschen Minderheit in Polen als „fünfte Kolonne“, indem sie im Hinterland Sabotageakte verübten.³⁷

Die letztgenannten Beispiele konnten für die sowjetischen Deportationen von Minderheiten aus den Grenzgebieten und die „nationalen Operationen“ des NKVD 1937/38 noch keine Rolle spielen, sie flossen aber höchstwahrscheinlich in die Einschätzungen mit ein, die im Sommer 1941 zur Deportation der Russlanddeutschen führten. Man ging sowjetischerseits davon aus, dass es unter den Deutschen eine größere Zahl von Personen gebe, die sich im Kriegsfall auf die Seite der vorrückenden deutschen Truppen stellen würden.

NS-Volkstumspolitik und Siedlungspläne im besetzten Osteuropa

Die nationalsozialistische Volkstumspolitik arbeitete nicht nur mit der Instrumentalisierung von deutschen Minderheiten, sondern ähnlich wie Stalin auch mit Deportationen. Allerdings waren die Motive und Ziele andere: Die Deportation bzw. Umsiedlung von Nationalitäten hatte im nationalsozialistischen Verständnis nicht den Charakter einer Strafe oder einer Präventivmaßnahme gegenüber potentiellen Feinden, sondern sie war Teil der Volkstums-, Rassen- und Lebensraumpolitik. Es ging darum, Bevölkerungsteile, die nach „rassischen“ Kriterien als unerwünscht definiert wurden (Juden, Sinti und Roma) aus Deutschland zu entfernen bzw. zu ermorden sowie das Siedlungsgebiet des deutschen Volkes auf Kosten anderer Völker großräumig auszudehnen. Letzterer Aspekt, der sich auf die annektierten und besetzten Gebiete in Ostmittel- und Osteuropa bezog, soll hier im Mittelpunkt der Betrachtung stehen. Die nationalsozialistische Politik verfolgte zwar grundsätzlich im östlichen Europa ein gemeinsames Ziel, stellte sich aber unter den Bedingungen des Krieges in den einzelnen Territorien unterschiedlich dar.

Im sog. „Protektorat Böhmen und Mähren“ war die deutsche Politik relativ gemäßigt. Hitler legte hier die Priorität auf Stabilität und Ruhe, damit die Rüstungsproduktion auf Hochtouren laufen konnte. Erst sollte der Krieg gewonnen werden, danach wollte man sich um die Germanisierung der böhmischen Länder kümmern. Konzepte dafür wurden allerdings schon entwickelt: Für die Zeit nach dem Krieg war geplant, die Tschechen nach rassistischen Gesichtspunkten in verschiedene Kategorien einzuteilen und einen großen Teil zu assimilieren. Diejenigen, die sich nicht für die Germanisierung eigneten, sollten ermordet, sterilisiert oder ausgesiedelt werden. Während des Krieges fanden in den böhmischen Ländern nur in kleinem Maßstab Umsiedlungen statt. Die eigentliche Umgestaltung der ethnischen Verhältnisse sollte erst nach dem Krieg erfolgen. Auf jeden Fall gingen die Nationalsozialisten davon aus, dass es nie wieder einen Staat Tschechoslowakei geben werde, sondern die böhmischen Länder als Reichsgebiet völlig eingedeutscht würden.³⁸

37 Albert S. Kotowski: Polens Politik gegenüber seiner deutschen Minderheit 1919–1939, Wiesbaden 1998, S. 344.

38 Detlef Brandes: Nationalsozialistische Tschechenpolitik im Protektorat Böhmen und Mähren, in: Jörg K. Hoensch, Hans Lemberg (Hrsg.): Begegnung und Konflikt. Schlaglichter auf das Verhältnis von Tschechen, Slowaken und Deutschen 1815–1989. Beiträge aus den Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission, Essen 2001, S. 119-137.

In Polen praktizierten die Nationalsozialisten schon während des Krieges eine radikalere Germanisierungspolitik. „Polen wird entvölkert und mit Deutschen besiedelt“, erklärte Hitler unmittelbar vor dem Beginn des Angriffs auf Polen. Mit der Durchführung der Germanisierungspolitik beauftragte er den Reichsführer SS Heinrich Himmler, den er zum „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“ ernannte. Polen wurde zum Experimentierfeld für die Techniken, mit denen ein deutsch dominiertes Osteuropa geschaffen werden sollte.³⁹

Diese Politik setzte voraus, dass es auch nach dem Krieg keinen polnischen Staat mehr geben würde und die Deutschen dort völlig freie Hand hätten. Nach der Niederlage Polens wurde der Staat zerstückelt: Der Norden und Westen wurde dem Großdeutschen Reich eingegliedert, die Mitte und der Süden bildeten das sog. „Generalgouvernement“, während der Osten von der Sowjetunion annektiert wurde – im Einklang mit den Vereinbarungen zwischen Hitler und Stalin über die Abgrenzung der jeweiligen Interessensphären. Sowohl Hitler als auch Stalin dezimierten die polnischen Eliten durch gezielten Massenmord.⁴⁰

In den „eingegliederten Gebieten“ wurde sofort mit der Germanisierung begonnen. Der deutsche Bevölkerungsanteil in diesen Gebieten lag nur etwa bei 10%. Um die „Eindeutschung“ voranzutreiben, wurde sofort mit der Deportation der Polen begonnen. Vorrangig betroffen waren Angehörige der Intelligenz, gesellschaftlich und politisch aktive Personen, Juden, Eigentümer von Unternehmen und landwirtschaftlichen Betrieben, die zur Übernahme durch deutsche Siedler vorgesehen waren, sowie sog. „asoziale“ Elemente (Kranke, Arme, Invaliden, Kriminelle). Bis zum 16. März 1941 wurden nach deutschen Angaben etwa 450 000 bis 460 000 Personen ins Generalgouvernement vertrieben. Der Besitz der Ausgesiedelten wurde konfisziert; es wurde ihnen erlaubt, nur eine geringe Summe Bargeld und 25 bis 30 kg Handgepäck mitzunehmen. Den Deportierten gab man oft nur weniger als eine Stunde, um ihre Sachen zu packen und die Wohnung zu verlassen.⁴¹

An die Stelle der Vertriebenen und Deportierten siedelte man Deutsche aus dem Reich sowie Volksdeutsche aus Osteuropa an. Letzteres erfolgte im Zusammenhang einer größeren Aktion, die unter der Parole „Heim ins Reich“ durchgeführt wurde. Hitler beschrieb im Oktober 1939, nach dem Polenfeldzug, als Grundidee dieser Umsiedlungen das Ziel, die ethnografischen Verhältnisse in Osteuropa neu zu ordnen, so dass am Ende die Nationalitäten kompakter siedelten und sich zwischen ihnen besser als vorher Grenzen ziehen ließen. Der ganze Osten und Südosten Europas, sei – Zitat Hitler – „zum Teil mit nicht haltbaren Splintern des deutschen Volkstums gefüllt. Gerade in ihnen liegt ein Grund und eine Ursache fortgesetzter zwischenstaatlicher Störungen. Es gehört daher zu den Aufgaben

39 Johannes Hürter: Nationalsozialistisches Besatzungsregime und rassischer Vernichtungskrieg im Osten, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): *Flucht – Vertreibung – Integration. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Bonn 3. Dezember 2005 bis 17. April 2006, im Deutschen Historischen Museum Berlin Mai bis August 2006, im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1. Dezember 2006 bis 15. April 2007, Bielefeld 2006*, S. 40 f.

40 Ebenda, S. 41. Für eine vergleichende Betrachtung: Baberowski, Doering-Manteuffel, *Ordnung* (wie Anm. 1), S. 59-70.

41 Hürter, *Besatzungsregime* (wie Anm. 39), S. 41 f.; Grzegorz Hryciuk: *Polen*, in: Witold Sienkiewicz (Hrsg.): *Illustrierte Geschichte der Flucht und Vertreibung. Mittel- und Osteuropa 1939 bis 1959*, Augsburg 2009, S. 66.

einer weitschauenden Ordnung des europäischen Lebens, hier Umsiedlungen vorzunehmen, um auf diese Weise wenigstens einen Teil der europäischen Konfliktstoffe zu beseitigen.“⁴²

Die Idee, durch eine Entmischung ethnografisch komplizierter Gemengelagen Konflikt-herde zu beseitigen, war keine Erfindung Hitlers, sondern auch in demokratischen Ländern weithin akzeptiert. Schon nach dem Ersten Weltkrieg hatten die Westmächte dieses Prinzip propagiert und versucht, damit den griechisch-türkischen Konflikt langfristig zu entspannen. Der 1923 zwischen der Türkei und Griechenland geschlossene Vertrag von Lausanne bildete den Präzedenzfall für Zwangsumsiedlungen als ein international anerkanntes Mittel zur Befriedung von Krisenregionen. Die betroffenen Griechen und Türken waren zwar alles andere als zufrieden, trotzdem galt die Umsiedlungsaktion von 1923 in der Folgezeit in der europäischen öffentlichen Meinung als Erfolg.⁴³

Von den Umsiedlungen der Aktion „Heim ins Reich“ betroffen waren verschiedene deutsche Minderheiten in Osteuropa sowie die Südtiroler. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Umsiedlungen nicht wirklich dem Zweck dienten, Konflikte zu beseitigen, sondern dass es Hitler und seinen Leuten darum ging, das geschlossene deutsche Siedlungsgebiet nach Osten vorzuschieben. In Streulage siedelnde Minderheiten, die weit von Deutschland entfernt waren, wurden näher herangeholt und dazu benutzt, die deutsch-slawische Übergangszone zu germanisieren.⁴⁴

Die Umsiedlungen der Volksdeutschen erfolgten auf der Grundlage von Verträgen mit den betroffenen Ländern und nach dem Prinzip der Freiwilligkeit. Dennoch war es für viele ein Verlust der Heimat, den sie sich so nicht gewünscht hatten. Die meisten optierten für die Umsiedlung, weil sie nicht unter die Herrschaft Stalins geraten wollten. Ernüchtert waren die Menschen, wenn sie sich auf polnischen Höfen im Warthegau wiederfanden und mitbekamen, dass die Besitzer dieser Höfe vertrieben worden waren, um ihnen Platz zu machen. Insgesamt wurden während des Krieges mehr als 800 000 Volksdeutsche ins Reich umgesiedelt, die meisten davon in polnische Gebiete. Hinzu kamen ca. 400 000 Deutsche aus dem Altreich.⁴⁵

Mit diesen insgesamt 1,2 Mio. Menschen war aber das Reservoir an potentiellen Umsiedlern auch schon erschöpft. Die Verantwortlichen mussten erkennen, dass die Idee, die Bevölkerung Polens auszutauschen, nicht funktionierte, zumindest nicht kurzfristig. Man kehrte daher in den eingegliederten Gebieten zu der traditionellen Politik der Assimilation zurück und teilte die Bevölkerung in verschiedene Kategorien ein – ähnlich wie das ja auch für die Tschechen geplant war. Diejenigen Personenkreise, die man für eindeutschungsfähig

42 Tammo Luther: Volkstumspolitik des Deutschen Reiches 1933–1938. Die Auslandsdeutschen im Spannungsfeld zwischen Traditionalisten und Nationalsozialisten, Stuttgart 2004, S. 169.

43 Vgl. Detlef Brandes: Der Weg zur Vertreibung 1938–1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen, München ²2005, S. 68.

44 Ebenda, S. 170.

45 Małgorzata Ruchniewicz: Deutsche, in: Sienkiewicz (Hrsg.), Illustrierte Geschichte (wie Anm. 41), S. 163. Ausführliche Darstellungen: Diktierte Option. Die Umsiedlung der Deutsch-Balten aus Estland und Lettland 1939–1941. Dokumente zusammengestellt und eingeleitet von Dietrich A. Loeber, Neumünster 1974; Helmuth Hecker: Die Umsiedlungsverträge des Deutschen Reiches während des Zweiten Weltkrieges, Hamburg 1971; Dirk Jachomowski: Die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobrudschadeutschen. Von der Volksgruppe in Rumänien zur „Siedlungsbrücke“ an der Reichsgrenze, München 1984.

einstufte, wurden in die sog. „Deutsche Volksliste“ eingetragen. Besonders in Schlesien wurden auf diese Weise viele Polen zu künftigen Deutschen erklärt, teilweise gegen ihren Willen. Insgesamt erhielten über die „Deutsche Volksliste“ ca. 1,7 Mio. Polen die deutsche Staatsangehörigkeit. Die Mehrheit von ca. 6 Mio. Polen, die nach wie vor in den eingegliederten Gebieten lebten, wurde in einem rechtlichen Schwebestand belassen. Sie mussten damit rechnen, früher oder später abgeschoben zu werden.⁴⁶

In Bezug auf das Generalgouvernement verfolgte Himmler zwar ebenfalls das mittelfristige Ziel der Germanisierung, das Nahziel während des Krieges war aber die möglichst effektive Ausbeutung des Landes für die Kriegswirtschaft. Bis 1942 wurde rund eine Million Polen zur Zwangsarbeit aus dem Generalgouvernement ins Reich verschickt.⁴⁷ Im Generalgouvernement selbst wurde ein Terrorregime errichtet, um die einheimische Bevölkerung auf den Stand eines Sklavenvolkes zu drücken und ihre Führungsschicht auszulöschen. Der jüdische Bevölkerungsteil wurde systematisch ausgerottet. Insgesamt kamen während der deutschen Besatzung 5-6 Mio. polnische Staatsbürger ums Leben, darunter etwa 3 Mio. Juden. Die Germanisierung des Generalgouvernements wurde, ähnlich wie im Falle des „Protektorats Böhmen und Mähren“, auf die Zeit nach dem Krieg verschoben.⁴⁸

Mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 gewann die Lebensraumpolitik eine neue Dimension. Nun ging es um noch viel größere Gebiete. Der Ostfeldzug war als ideologischer Weltanschauungs- und rassebiologischer Vernichtungskrieg konzipiert. Im Vordergrund standen zunächst die wirtschaftliche Ausbeutung der eroberten Gebiete und der dort lebenden Menschen durch Zwangsarbeit. Etwa 2,5 Mio. Sowjetbürger wurden zur Zwangsarbeit nach Deutschland verbracht. Die jüdische Bevölkerung (etwa 2,1 Mio.) und die sowjetische Führungsschicht wurden systematisch ermordet.⁴⁹

Im Laufe des Krieges wurden Pläne zur späteren Besiedlung und Germanisierung der eroberten Gebiete entworfen. Der sog. „Generalplan Ost“, den Heinrich Himmler in Auftrag gegeben hatte, sah vor, innerhalb von 25 Jahren fast fünf Millionen Deutsche im annektierten Polen und im Westteil der Sowjetunion anzusiedeln. Millionen slawischer und jüdischer Bewohner dieser Region sollten versklavt, vertrieben und ermordet werden. Der Schwerpunkt dieser Aktionen sollte in Polen, im Baltikum und in der Ukraine liegen. Die Verwirklichung des „Generalplans Ost“ beschränkte sich kriegsbedingt allerdings auf Siedlungsexperimente im Generalgouvernement. Himmler bestimmte im Juli 1941 den Kreis Zamość zum ersten „Großsiedlungsgebiet“. Ziel war die allmähliche Herstellung einer Siedlungsbrücke zwischen dem Baltikum und Siebenbürgen. Man wollte „das verbleibende Polentum siedlungsmäßig einkesseln und allmählich wirtschaftlich und biologisch erdrücken.“⁵⁰

46 Detlef Brandes, Holm Sundhaussen u.a. (Hrsg.): Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts, Wien 2010, S. 186-189.

47 Hryciuk, Polen (wie Anm. 41), S. 67.

48 Hürter, Besatzungsregime (wie Anm. 39), S. 42 f.

49 Brandes, Sundhaussen u.a. (Hrsg.), Lexikon der Vertreibungen (wie Anm. 46), S. 612. Ausführlich zum deutschen Vernichtungskrieg in der Sowjetunion Christian Hartmann (Hrsg.): Der deutsche Krieg im Osten 1941–1944. Facetten einer Grenzüberschreitung, München 2009.

50 Isabel Heinemann: Rasse, Siedlung, „deutsches Blut“. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003, S. 383. Zum „Generalplan Ost“ Czeslaw Madajczyk (Hrsg.): Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan, München 1994; Bruno Wasser: Himmlers Raumplanung im Osten. Der Generalplan Ost in Polen 1940–1944, Basel 1993.

Sowjetische Deportationen von Nationalitäten während des Krieges

Parallel zu den nationalsozialistischen Aktionen griff auch Stalin massiv in das Leben verschiedener Nationalitäten ein. Gemäß der im geheimen Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt getroffenen Absprachen besetzte die Sowjetunion im Herbst 1939 den Osten Polens, annektierte diese Gebiete und in weiterer Folge auch die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Aus diesen Gebieten wurden zwischen Dezember 1939 und Juni 1941 Angehörige der Eliten sowie Bauern umgebracht oder nach Osten deportiert. Diese Aktionen zielten selektiv auf sozial und politisch unerwünschte Personen. Mehr als 20 000 polnische Offiziere, Gutsbesitzer und andere Personen, die der sozialistischen Umgestaltung im Wege waren und die Idee des polnischen Staates aufrecht erhielten, wurden ermordet.⁵¹ Am bekanntesten ist das Massaker von Katyn, aber es war nicht das einzige. Aus Polen wurden 320 000 Personen in die Sowjetunion deportiert, aus Estland ca. 10 000, aus Lettland ca. 15 000, aus Litauen ca. 18 000.⁵²

Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion kam es im eigenen Land zu Massendeportationen nach ethnischen Kriterien: Im Sommer und Herbst 1941 ließ Stalin die deutsche Bevölkerung aus dem europäischen Teil der Sowjetunion und dem Kaukasus nach Kasachstan, Zentralasien und Sibirien deportieren, um einer erwarteten Kollaboration mit der Deutschen Wehrmacht vorzubeugen. Die Gesamtzahl der 1941/42 präventiv Deportierten beläuft sich auf ca. 1,2 Mio., davon 905 000 Deutsche. In den Jahren 1943/44 folgten ca. 1 Mio. Angehörige weiterer als „unzuverlässig“ eingestufte kaukasischer und turksprachiger Ethnien, darunter Tschetschenen, Krimtataren, Kalmücken, Mes'cheten-Türken, Inguschen, Karatschaier und Balkaren. Insgesamt waren bis Ende 1945 ca. 2,3 Mio. Menschen von ethnisch definierten Deportationen betroffen. Während des Transports und der ersten Jahre in den Ankunftsgebieten kam etwa ein Drittel von ihnen ums Leben. Die Autonomen Republiken und Gebiete der deportierten Völker wurden aufgelöst.⁵³

51 Jörg Zägel, Reiner Steinweg: Die Sicht auf Krieg, Diktatur, Völkermord, Besatzung und Vertreibung in Russland, Polen und den baltischen Staaten, Berlin 2007, S. 111.

52 Brandes, Sundhaussen u.a. (Hrsg.), Lexikon der Vertreibungen (wie Anm. 46), S. 226, 391, 398, 508.

53 Ebenda, S. 611 f. Gesamtübersicht über die Deportationen in: Pavel Polian: Against Their Will. The History and Geography of Forced Migrations in the USSR, Budapest 2004; Quellendokumentationen: Pabol', Polian (Hrsg.), Stalinskie deportacii (wie Anm. 32); Alfred Eisfeld, Victor Herdt (Hrsg.): Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee. Deutsche in der Sowjetunion 1941 bis 1956, Köln 1996; N.F. Bugaj (Hrsg.): „Mobilizovat' nemcev v rabočie kolonny ... I. Stalin“. Sbornik dokumentov (1940e gody) [„Die Deutschen mobilisieren für die Arbeitskolonie ... I. Stalin“. Dokumentensammlung (1940er Jahre)], Moskva 1998. Zu den einzelnen Regionen siehe Arkadij A. German (Hrsg.): Načal'nyj period Velikoj Otečestvennoj vojny i deportacija rossijskich nemcev: vzgljady i ocenki čerez 70 let. Materialy 3-j naučno-praktičeskoj konferencii. Saratov, 26-28 avgusta 2011 g. [Der Beginn des Großen Vaterländischen Krieges und die Deportation der Russlanddeutschen: Rückblicke und Bewertungen nach 70 Jahren. Materialien der 3. Wissenschaftlich-praktischen Konferenz. Saratov, 26.–28. August 2011], Moskva 2011; N.F. Bugaj: 40-e gody: „Avtonomiju nemcev Povolž'ja likvidirovat'...“ [Die 40er Jahre. „Die Autonomie der Wolgadeutschen muss liquidiert werden...“], in: Istorija SSSR (1991), H. 2, S. 172–180; ders.: 20–40-e gody: deportacija naselenija s territorii Evropejskoj Rossii [Die 20er – 40er Jahre: Deportationen von Völkern vom Territorium des europäischen Russland], in: Otečestvennaja istorija (1992), H. 4, S. 37-49.

Offiziell wurden die Deportationen von 1943/44 damit begründet, dass die betroffenen Nationalitäten mit der deutschen Besatzungsmacht kollaboriert hätten. Diese Begründung ist aber insofern nicht stichhaltig, als es auch unter Russen und Ukrainern hunderttausendfache Kollaboration gegeben hatte. Russen und Ukrainer wurden aber deswegen nicht kollektiv, sondern individuell bestraft. Die Nationalitäten-Deportationen definierten ihre Opfer hingegen kollektiv über das ethnische Kriterium, wobei auffällt, dass die Auswahl der zu deportierenden Nationalitäten weitgehend mit der Feind-Kategorisierung des NKVD von 1937/38 zusammenfiel. Dieselben Nationalitäten, die man damals im Rahmen der Sonderoperationen dezimiert hatte, wurden nun als Ganze aus ihren Siedlungsgebieten entfernt, zerstreut und als nationale Einheit zerstört. Insofern liegt in dieser Politik auch über den Krieg hinweg eine gewisse innere Logik zugrunde.⁵⁴

Zusammenhänge und historische Verantwortung

Fragt man nach Zusammenhängen zwischen der stalinistischen und der nationalsozialistischen Politik, so ist zunächst festzustellen, dass beide nach der strukturierenden Vereinfachung und homogenisierenden Ordnung komplexer ethnischer Strukturen strebten, weil sie Vielfalt und Differenz als Bedrohung empfanden. Die Bolschewiki agierten innerhalb des Vielvölkerstaates, den sie bei der Machtergreifung vorgefunden hatten, die Nationalsozialisten mit einer expansiven Absicht überwiegend in den eroberten Gebieten, die aus dem deutschen Nationalstaat ebenfalls ein unübersichtliches multinationales Imperium machten. Das Streben nach der Herstellung homogener Ordnungen war in beiden Systemen mit Kategorisierungen, mit der Markierung und Vernichtung von „Feinden“ und mit Deportationen verbunden.⁵⁵ Insofern bestand zwischen beiden Regimen eine gewisse partielle Wesensverwandtschaft, wenngleich die ähnlichen Methoden nicht in derselben Absicht angewandt wurden: Im Gegensatz zur nationalsozialistischen Politik zielte die stalinistische nicht auf die Vernichtung bzw. Versklavung von ganzen Nationalitäten bzw. „rassisch“ definierten Kollektiven. Terror und Deportationen waren originäre Grundelemente der stalinistischen Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung. Stalin praktizierte diese Methoden bereits in großem Stil, bevor Hitler an die Macht kam. Die stalinistischen Deportationen sind somit keine Antwort auf nationalsozialistische Deportationen. Für Stalin waren Terror und Deportationen Herrschaftsinstrumente, die er gegen verschiedene Gruppen der Bevölkerung einsetzte. Nationalität war nur eine von mehreren angewendeten Kategorien. Terror und Deportationen gegenüber Nationalitäten waren Methoden der präventiven Herrschaftssicherung gegenüber potentiellen und imaginierten Feinden sowie der Bestrafung.

Im Falle der Russlanddeutschen gibt es dennoch direkte Kausalzusammenhänge zwischen der deutschen und der sowjetischen Politik: Erstens nahm Stalin Deutschland seit der

54 Brandes, Sundhausen u.a. (Hrsg.), *Lexikon der Vertreibungen* (wie Anm. 46), S. 612.

55 Jörg Baberowski, Anselm Doering-Manteuffel: *The Quest for Order and the Pursuit of Terror. National Socialist Germany and the Stalinist Soviet Union as Multiethnic Empires*, in: Michael Geyer, Sheila Fitzpatrick (Hrsg.): *Beyond Totalitarianism. Stalinism and Nazism Compared*, Cambridge u.a. 2009, S. 180 f.; Dietrich Beyrau: *Nationalsozialistisches Regime und Stalin-System. Ein riskanter Vergleich*, in: *Osteuropa* 50 (2000), S. 714-718.

Machtergreifung Hitlers als Feind und Bedrohung wahr und projizierte dieses Feind- und Bedrohungsbild auf die Russlanddeutschen, so wie er das auch in Bezug auf andere Nationalitäten tat, deren Mutterland er als gefährlich einschätzte. Zweitens trug die Indienstnahme deutscher Minderheiten im östlichen Europa durch die nationalsozialistische Politik maßgeblich dazu bei, das schon vor dem Ersten Weltkrieg vorhandene Misstrauen gegenüber den Russlanddeutschen wieder aufleben zu lassen. Das noch aus der Zarenzeit stammende Stereotyp von den Russlanddeutschen als einer verkappten Vorhut Deutschlands bei seiner Expansion nach Osten verband sich mit der unabhängig davon vorhandenen Tendenz Stalins und seiner Gefolgsleute, überall Feinde und Saboteure zu wittern. Auf diese Weise mutierten die Russlanddeutschen zu potentiellen inneren Feinden und wurden zu einer der Zielgruppen des Massenterrors von 1937/38. Drittens war es der deutsche Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941, der den Anstoß zur umfassenden Deportation der Russlanddeutschen aus ihren Siedlungsgebieten gab.

Diese Zusammenhänge relativieren in keiner Weise die stalinistischen Verbrechen. Stalin ließ die Russlanddeutschen verfolgen und deportieren, so wie er das davor und danach auch mit anderen Bevölkerungsgruppen tat, denn Deportationen und Terror gehörten zum eingetübten und skrupellos eingesetzten Instrumentarium seiner Gewaltherrschaft. Die Zusammenhänge zwischen deutscher Politik und dem Leiden der Russlanddeutschen begründen aber eine historische Mitverantwortung Deutschlands. Es war die deutsche Politik, die dazu beitrug, dass die Russlanddeutschen unter die inneren Feinde eingereiht wurden, und es war die deutsche Politik, die 1941 durch den Angriffskrieg gegen die Sowjetunion den unmittelbaren Anlass für die Deportationen gab. Diese historische Mitverantwortung Deutschlands besteht auch noch 70 Jahre nach den Ereignissen, denn die Folgen der Deportationen waren dauerhaft und sind bis heute wirksam.

Summary

The August 1941 deportation of Germans in Russia belongs to a series of similar Stalinist political measures against various population groups. Deportations were routinely part of the Soviet domestic policy arsenal throughout the 1930s. The Germans of Russia were not the first nationality to be affected and nationalities were not the first population category to become the object of deportation. The article shows to what extent the treatment of the Germans followed patterns of Soviet domestic policy and to what extent it was determined by specific constellations of factors having to do with Germany and National Socialist policy. In addition, the article takes a comparative look at the National Socialist treatment of nationalities in occupied Eastern Europe during the war, where deportations and repression were also common practice. The similarities in methods bring up the question of motives and goals in each case.

Aus dem Deutschen übersetzt von Mark Hatlie, Tübingen